



## Die Front bricht ein

*Die EU weigert sich bis heute, die wahren Ursachen der Überschuldung sämtlicher EU-Länder aufzuzeigen – was Voraussetzung wäre für erfolgversprechende Krisenbekämpfung.*

*Einerseits gibt die EU vor, mit **dreistelligen Milliardenbeträgen** für alle aufgelaufenen Schulden aller EU-Mitglieder «geradestehen» zu wollen – was angesichts des Umfangs und der Tiefe der tatsächlich vorhandenen Schuldenlöcher schlicht unmöglich ist. Andererseits will **Deutschland**, dessen Steuerzahlern die Hauptlast der Schuldenübernahme insbesondere den EU-Südländern aufgebürdet wird, der gesamten EU ein straff und zentral aus Berlin gesteuertes, angeblich auf Rentabilität ausgerichtete **Wirtschaftskorsett** aufzwingen, das die EU Schritt für Schritt aus der Überschuldung herausführen soll.*

### Luftschlösser

*Beides ist gescheitert, bevor ans Starten des Programms geschritten wurde. **Griechenland**, von Deutschland regelrecht in den Schwitzkasten genommen, **weigert sich** schlicht und einfach, den ihm aufgezwungenen **Sozialabbau** und die ihm aus Berlin und Brüssel verordnete massive **Reduktion des staatlichen Verwaltungsapparats** tatsächlich vorzunehmen. Zwar hält jeder am Geschehen nicht direkt Beteiligte beide Bedingungen für ökonomisch sinnvoll, ja unausweichlich. Doch die Regierung in Athen weiss nur zu genau, dass ihre Tage gezählt wären, würde sie das von der EU geforderte Programm durchzusetzen versuchen. Deshalb unterbleiben spürbare Massnahmen.*

### Deutschlands Steuerzahler streiken

*Gleicher Gegensatz zwischen betroffener Bevölkerung und EU-Abmachungen verschärft sich auch in **Deutschland**. So eisern die deutsche Bundeskanzlerin den deutschen Steuerzahlern die Wahrheit über die ihnen zugemuteten finanziellen «Solidaritätsoffer für das Überleben von Euro und EU» vor-*

*enthält, so gründlich haben die **Wähler** den (sozialistischen) Kurs ihrer (angeblich bürgerlichen) Regierung durchschaut – und gehandelt: Die **Wahlen in Hamburg** bescherten der Politik der Bundeskanzlerin eine Niederlage, wie sie sich desaströser kaum vorstellen lässt: Diejenige, die sich allen Alternativen zum nicht markttauglichen Euro am stursten widersetzt, bekam zu Hamburg das nicht übersehbare Signal vermittelt, dass sich die deutschen Steuerzahler nicht bis aufs Hemd ausziehen lassen, nur um **zentralistische EU-Träume** der Kanzlerin bis zur Verarmung aller zu finanzieren.*

### Höchste Gefahr

*Eine für die Wirtschaftskraft der europäischen Länder eminent **bedrohliche Situation** braut sich da zusammen. Die **Schweiz** ist mitbetroffen – weil für die Schweiz wichtigste Wirtschaftspartner tief im Strudel stecken. **Kopfloses Verschleudern der Währungsreserven** unserer Nationalbank zwecks kurzfristigem Zuschütten der EU-Schuldenlöcher dürfte so wenig zur Krisenbewältigung beitragen wie Merkels von Deutschland zu finanzierender **Wirtschafts-Zentralismus** für die ganze EU.*

*Wenn eine Krise droht, dann sind die **Reserven beisammen zu halten**, nicht zu verschleudern. Und sie sind in sicheren Werten – vor allem **Gold** – anzulegen.*

*Schritte, das – nach unsinnigen Verkäufen zu Schleuderpreisen in den Neunzigerjahren – in der Schweiz noch lagernde Gold abzusichern, sind überfällig.*

*Mehr dazu im nächsten «Goldstück»-Bulletin.*

Ulrich Schlüer